

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 31 (2011)
Heft: 60

Artikel: Arabischer Frühling?
Autor: Amin, Samir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651582>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Arabischer Frühling?

Das Jahr 2011 begann mit einer Serie von aufsehenerregenden Wutausbrüchen der arabischen Völker. Wird dieser arabische Frühling in ein zweites „Erwachen der arabischen Welt“ münden? Oder wird es so sein, dass diese Revolten zum Stillstand kommen und schliesslich versanden – so wie das mit dem ersten Erwachen passiert ist, wie ich es in meinem Buch „L'éveil du Sud“ beschrieben habe? Generell von „arabischer Welt“ zu sprechen ist immer problematisch, denn das vernachlässigt die unterschiedlichen Bedingungen, die jedes dieser Länder charakterisiert. So werde ich mich in den nachfolgenden Überlegungen auf Ägypten konzentrieren, welches in der Entwicklung der Region schon immer eine bedeutende Rolle gespielt hat und weiterhin spielt.*

Die ägyptische Demokratiebewegung

Die „ägyptische Revolution“ mit ihrer Infragestellung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse weist auf ein mögliches Ende des „neoliberalen“ Systems hin. Diese gigantische Bewegung des ägyptischen Volkes wird von drei Gruppierungen getragen: den jungen Menschen, die sich selber „re-politisiert“ haben und in ihren eigenen „modernen“ Formen agieren, den Kräften der radikalen Linken und der demokratischen Mittelklasse. Die Jungen, wir sprechen von rund einer Million Militanten, waren die Speerspitze der Bewegung. Gleich zu Beginn des Aufstands kamen die Linken und die Mittelklass-Demokraten hinzu. Demgegenüber haben die Führer der Muslimbruderschaft, überzeugt, dass die Repression einen kurzen Prozess mit den Aufständischen machen würde, zu einem Boykott der Demonstrationen aufgerufen. Erst später, als bereits fünfzehn Millionen Menschen mobilisiert waren und an Manifestationen teilgenommen hatten, schlossen auch sie sich an.

Die Jungen und die radikale Linke verfolgen drei gemeinsame Ziele: die Errichtung einer Demokratie, das heisst das Ende des Militär- und Polizeiregimes; eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik zugunsten der populären Klassen, das bedeutet ein Ende der Unterwerfung unter den globalen Liberalismus; und schliesslich eine unabhängige internationale Politik, die einem Bruch mit der Hegemonie der USA und ihrer militärischen Kontrolle des Planeten gleichkommt. Ihre Revolution ist demokratisch, anti-imperialistisch und sozial. Die Bewegung der Jungen mag in ihrer sozialen Zusammensetzung und ihren politischen und ideologischen Äusserungen sehr unterschiedlich sein, grundsätzlich sieht sie sich als Teil der Linken, ihre spontanen Sympathiekundgebungen mit den Kräften der radikalen Linken zeugen davon.

Die Mittelklassen finden sich allesamt um das einzige Ziel „Demokratie“, ohne dass sie den „Markt“ oder die internationalen Verbindungen Ägyptens in Frage stellen. Hierbei darf die Rolle einer Gruppe von Bloggern nicht übersehen werden, die bewusst oder unbewusst Teil eines von der CIA inszenierten Komplotts sind. Generell kommen ihre Wortführer aus gutsituierten Schichten, sie sind extrem amerikanisiert, und gleichwohl spielen sie sich als „Herausforderer“ der jeweiligen Diktatur auf. In ihren Interventionen im Netz dominiert das Thema „Demokratie“ und zwar in einer von Washington manipulierten Version. Derart sind sie Teil einer ganzen Reihe von Konterrevolutionen, die unter dem Deckmantel von „demokratischen Wahlen“ von Washington nach dem Modell der „farbigen Revolutionen“ in Osteuropa orchestriert werden. Aber es wäre falsch zu meinen, dass dieses Komplott der Ursprung der Volksaufstände wäre. Vielmehr versucht die CIA, die Inhalte der Bewegungen zu bestimmen, die Militanten von ihren Zielen einer progressiven sozialen Transformation abzubringen und sie auf ein anderes Terrain hinzulenken. Dieses Komplott könnte tatsächlich Erfolg haben, wenn es der Bewegung nicht gelingt, ihre verschiedenen Strömungen zusammenzubringen, gemeinsame strategische Ziele festzulegen und effiziente Organisations- und Aktionsformen zu entwickeln. Solche Misserfolge kennen wir aus den Philippinen und aus Indonesien. In diesem Zusammenhang ist es interessant festzustellen, dass die Blogger, die sich nota bene mehr in Englisch denn in Arabisch ausdrücken, in ihrem Bestreben, die „Demokratie“ à l'américaine zu verteidigen, oftmals Argumente vorbringen, die mit denjenigen der Muslimbrüder übereinstimmen.

Die Aufrufe der drei aktiven Gruppen der Demokratiebewegung zu Manifestationen wurde vom gesamten ägyptischen Volk schnell gehört. Die Repression und die ungeheuerliche Gewalt der ersten Tage des Protestes im Januar mit mehr als tausend Toten konnte die Jungen und ihre MitstreiterInnen nicht entmutigen. Sie haben auch in keinem Moment die westlichen Mächte zu Hilfe gerufen, wie dies andernorts geschehen ist. Ihr Mut war das entscheidende Moment, das zu Protestaktionen in allen Quartieren der grossen und kleinen Städte, ja der Dörfer mit einer Beteiligung von mehr als fünfzehn Millionen Menschen während mehrerer Tage und Nächte geführt hat. Dieser gewaltige politische Erfolg zeitigte Folgen: Die Angst wechselte ins andere Lager; Hilary Clinton und Obama liessen Moubarak, den sie bis dahin unterstützt hatten, fallen. Gleichzeitig gab die Armeeführung ihr Schweigen auf. Um das gute Image zu bewahren, weigerte sie sich aber, sich an der Repression zu beteiligen, und setzte schliesslich Moubarak und einige seiner wichtigeren Helfershelfer ab.

Die Ausweitung der Bewegung auf die gesamte ägyptische Bevölkerung ist an sich schon eine positive Herausforderung. Denn das Volk ist – wie jedes andere auch – weit davon entfernt, ein „homogener Block“ zu sein. Einige Teile zielen zweifellos die Perspektive einer möglichen Radikali-

sierung an. So dürfte die Beteiligung der ArbeiterInnen (rund fünf Millionen Menschen) am Aufstand entscheidend sein. Seit 2007 haben sie in zahlreichen Kämpfen und Streiks ihre Organisationsformen gestärkt. Zurzeit gibt es mehr als fünfzig unabhängige Gewerkschaften. Der hartnäckige Widerstand der Kleinbauern gegen ihre Enteignungen trägt ebenfalls zu einer möglichen Radikalisierung der Bewegung teil. Enteignungen von Kleinbauern sind wegen der Annullierung der Agrarreform möglich geworden. Die Muslimbrüder hatten im Parlament für diese ruchlosen Gesetzesänderungen gestimmt mit der Begründung, dass im Islam das Privateigentum „heilig“ und die Agrarreform vom kommunistischen Teufel beeinflusst sei.

Dann ist da diese gigantische Masse von „Armen“, die aktiv an den Manifestationen im Januar / Februar 2011 teilgenommen haben und die sich heute in vielen Volkskomitees zur Verteidigung der Revolution in den Quartieren wiederfinden. Wenn man diese „Armen“ sieht, könnte man ob ihrer Bärte, der Schleier oder der Art, wie sie sich kleiden, den Eindruck gewinnen, das Land sei „islamisch“, das heisst von den Muslimbrüdern beherrscht. In Tat und Wahrheit fordert ihr aktives Auftreten die Organisationen geradezu heraus. Der Wettlauf hat begonnen: Gelingt es den Muslimbrüdern und ihren islamistischen Verbündeten, den Salafisten, oder aber der demokratischen Allianz, sich mit diesen Volksmassen ohne klare politische Zielsetzungen in einer Allianz zusammenzutun?

Es gibt beachtenswerte Fortschritte in der Bildung einer gemeinsamen Front der demokratischen und sozialen Kräfte in Ägypten. Fünf Parteien sozialistischer Ausrichtung (Sozialistische Partei Ägyptens, Demokratische Volksallianz, zum Grossteil aus der alten Tagammu-Partei hervorgegangen, Demokratische Partei der Arbeit, Revolutionäre sozialistische Partei – Trotzlisten, Kommunistische Partei Ägyptens – früher ebenfalls Teil von Tagammu) haben im April 2011 die Allianz der sozialistischen Kräfte gegründet, um die gemeinsamen Ziele durchzusetzen. Gleichzeitig wurde ein nationaler Rat (Maglis Watany) mit 150 VertreterInnen aller politischen und sozialen Kräfte der Bewegung gegründet. Er umfasst die sozialistischen und die verschiedenen demokratischen Parteien, die unabhängigen Gewerkschaften, Bauernorganisationen, die Netzwerke der Jungen und zahlreiche soziale Gruppierungen. Die Muslimbrüder und die rechten Parteien haben sich geweigert, an diesem nationalen Rat teilzunehmen. Damit haben sie bestätigt, was bekannt war, dass sie gegen eine Weiterführung der demokratischen Bewegung sind.

Der reaktionäre Block

Wie schon während Kämpfen in früheren Zeiten sieht sich die demokratische, anti-imperialistische und soziale Bewegung in Ägypten mit einem mächtigen reaktionären Block konfrontiert. Wir können diesen Block

aufgrund seiner sozialen Zusammensetzung beschreiben, aber wir müssen ebenfalls jene in Betracht ziehen, die die politischen Interventionsmöglichkeiten und den ideologischen Diskurs dieses Blocks bestimmen.

Aus sozialer Perspektive kann man sagen, dass die ägyptische Bourgeoisie diesen Block anführt. Die abhängige Akkumulation der letzten vierzig Jahre hat eine reiche Bourgeoisie entstehen lassen, die von einer skandalösen Ungleichheit profitiert hat – eine Begleiterscheinung des global-liberalen Wirtschaftsmodells. Es handelt sich um Zehntausende, aber nicht wie die Weltbank weismachen will: um initiative Unternehmer, sondern um Millionäre und Milliardäre, die ihren Wohlstand einzig der Zusammenarbeit mit dem politischen Apparat verdanken.

Dabei ist die Korruption ein organisches Element dieses Systems. Es handelt sich um eine Kompradoren-Bourgeoisie; das Volk spricht von „korrupten Parasiten“. Diese Bourgeoisie steht aktiv für die Eingliederung Ägyptens in die gegenwärtige imperialistische Globalisierung ein, sie ist ein bedingungsloser Aliierter der Vereinigten Staaten. In ihren Reihen finden sich zahlreiche Generäle der Armee und der Polizei, auch Zivilisten, die mit dem Staat und mit der von Sadat und Moubarak gegründeten und dominierenden national-demokratischen Partei eng verbunden sind, sowie viele Religiöse, das heisst alle Führer der Muslimbrüder und die wichtigeren Sheiks der Al Azhar-Universität, die alle ebenfalls Milliardäre sind.

Es gibt aber auch noch die Bourgeoisie der kleinen und mittleren Unternehmer. Eingeschränkt auf ihre Rolle als Zulieferer der dominanten lokalen Monopole, sind sie systematisch die Erpressungsoffer der Kompradoren-Bourgeoisie, die ihrerseits die Rolle eines Transmissionsriemens für ausländischen Monopole spielt. In der Bauindustrie funktioniert dieses System ohne Ausnahme: Die „Grossen“ reissen den Markt an sich und geben die Arbeiten dann an die „kleinen“ Subunternehmen weiter. Diese Kleinbourgeoisie von authentischen Unternehmern sympathisiert allerdings mit der Demokratiebewegung.

Der rurale Teil des reaktionären Blocks ist nicht minder wichtig. Er setzt sich aus reichen Bauern zusammen, die von der Agrarreform unter Nasser profitiert und die alten Grossgrundbesitzer verdrängt haben. Die Kooperativen, die unter dem Nasser-Regime ins Leben gerufen worden waren, brachten kleine und grosse Bauern zusammen. Davon profitiert haben fast ausnahmslos nur die Reichen. Aber unter Nasser gab es einige Schutzmassnahmen für die Kleinbauern. Auf Empfehlung der Weltbank wurden diese Massnahmen unter Sadat und Moubarak abgebaut, sodass die reichen Bauern zunehmend die kleinen verdrängten. Zu allen Zeiten waren die reichen Bauern im modernen Ägypten eine reaktionäre Klasse und sie sind es immer mehr. Sie bilden zudem die Hauptstütze des konservativen Islam auf dem Land und durch ihre engen Kontakte, oft verwandtschaftliche Bindungen zu den Staatsrepräsentanten und den religiösen Führern bestimmen sie das soziale Leben auf dem Lande. Weiter nicht verwunderlich, ist doch ein guter

Teil der urbanen Mittelklassen – Armee- und Polizeioffiziere, Staatsangestellte – direkt aus der reichen Bauernschicht hervorgegangen.

Der reaktionäre Block hat alle politischen Instrumente zu seiner Verfügung: Armee und Polizei, die staatlichen Institutionen, die national-demokratische Partei – eine Art Einheitspartei –, der Religionsapparat von Al Azhar sowie die Strömungen des politischen Islam, die Muslimbrüder und die Salafisten, die ihn unterstützen.

Die 1.5 Milliarden jährlicher Militärhilfe der Vereinigten Staaten haben zu keiner Zeit die Verteidigungskapazität des Landes erhöht. Im Gegenteil, ihre Wirkung war gefährlich destruktiv wegen der systematischen Korruption, von der man nichts wissen und die man auf keinen Fall tolerieren wollte, die aber durch dieses Geld auf zynische Weise gefördert wurde. Die „Hilfe“ hat es den höchsten Offizieren ermöglicht, sich bedeutender Segmente der ägyptischen Kompradoren-Wirtschaft zu bemächtigen. Und zwar in einem solchen Ausmass, dass man in Ägypten von einer Armee-Aktiengesellschaft (société anonyme/armée – Sharika al geish) spricht. Die Armeeführung, die die Verantwortung für die Übergangsperiode übernommen hat, ist angesichts dieser Tatsache alles andere als „neutral“, obwohl sie als solche erscheinen will, indem sie sich nicht an der Repression beteiligte. Die Zivilregierung zu ihren Diensten, deren Mitglieder vom höchsten Armeekommando ernannt wurden, setzt sich zu einem Teil aus Männern des alten Regimes zusammen, sorgfältig ausgewählten Personen, die möglichst wenig mit der alten Garde in Verbindung gebracht werden können.

Diese Regierung hat eine Reihe von reaktionären Massnahmen ergriffen mit dem Ziel, die Radikalisierung der Bewegung zu stoppen. Zu diesen Massnahmen gehören ein folgenschweres Anti-Streik-Gesetz (mit der Begründung, es gehe darum, die Ökonomie wieder auf Vordermann zu bringen) sowie ein Gesetz, das Neugründungen von Parteien grosse Hindernisse in den Weg legt. Ziel ist es, dass es einzig den Strömungen des politischen Islam – allen voran den Muslimbrüdern – möglich sein soll, am Wahlspektakel teilzunehmen, denn diese sind dank der Unterstützung durch das alte Regime bestens organisiert. Und trotz allem bleibt das Verhalten der Armee die letzte unkalkulierbare Unbekannte. Denn obwohl die Kader korrupt sind, verschwinden nationalistische Gefühle nie ganz. Es kommt hinzu, dass die Armee praktisch durch die Polizei von der Macht verdrängt worden ist. Angesichts dieser Umstände und weil die Volksbewegung vehement gefordert hat, dass sich die Armee von der politischen Führung fernhalten soll, könnte es durchaus sein, dass das Armeekommando künftig hinter den Kulissen bleiben will und sich daher nicht mit eigenen Leuten an künftigen Wahlen beteiligen wird.

Während der Polizeiapparat intakt bleibt – es gibt keine Strafuntersuchungen gegen verantwortliche Kader –, ebenso der gesamte Staatsapparat – die neuen Gouverneure sind alle vom alten Regime –, ist hingegen die

national-demokratische Partei im Strudel der Ereignisse untergegangen und gerichtlich verboten worden. Aber halten wir die ägyptische Bourgeoisie nicht für dumm, sie wird Wege finden, um die Partei unter mehreren neuen Namen wieder entstehen zu lassen.

Der politische Islam

Die Muslimbrüder sind die einzige politische Kraft, die das Regime nicht nur toleriert, sondern aktiv in ihrer Verbreiterung unterstützt hat. Sadat und Mubarak hatten ihnen die Führung von drei grundlegenden Institutionen anvertraut: die Erziehung, die Justiz und das Fernsehen. Die Muslimbrüder waren und werden nie „moderat“ und noch weniger „demokratisch“ sein. Ihr Anführer – der Mourchid, auf arabisch Führer – ist selbsternannt und die Organisation beruht auf Disziplin und Ausführung der Anordnungen des Anführers. Die Führung besteht ausschliesslich aus sehr reichen Männern, unter anderem dank der finanziellen Unterstützung durch Saudiarabien, sprich Washington. Das mittlere Kader bilden Männer, die aus obskuren Fraktionen der Mittelklasse abstammen. Die Basis wird durch die von Saudiarabien finanzierten Wohltätigkeitsorganisationen der Muslimbrüder rekrutiert, und schliesslich bilden Milizen (baltaguis) aus dem Lumpenproletariat ihre Stosstruppen (force de frappe).

Die Muslimbrüder sind Anhänger der total auslandabhängigen Marktwirtschaft. Letztlich sind sie Teil der Kompradoren-Bourgeoisie. Sie haben sich gegen die grossen Streiks ausgesprochen und gegen den Kampf der Kleinbauern, um ihren eigenen Grundbesitz zu sichern. „Moderat“ sind die Muslimbrüder nur in folgender Hinsicht: Sie haben nie ein eigenes Wirtschafts- und Sozialprogramm formuliert und stellen daher die reaktionäre liberale Politik nicht in Frage. Auch akzeptieren sie de facto die Unterwerfung unter die Ausweitung der US-Kontrolle, weltweit und besonders in der Region. Sie sind deshalb für Washington nützliche Aliierte – es gibt in der Region keinen besseren Alliierten der USA als Saudiarabien, Patron der Muslimbrüder – und dafür haben sie ein „Demokratiezertifikat“ erhalten.

Allerdings werden sich die Vereinigten Staaten hüten zuzugeben, dass ihre Strategie darauf abzielt, in der Region „islamische“ Regimes zu installieren. Sie müssen so tun, wie wenn sie Angst davor hätten. Und glauben so, ihren „permanenten Krieg gegen den Terrorismus“ legitimieren zu können, der tatsächlich ganz andere Ziele verfolgt: die militärische Kontrolle des Planeten, um der Triade USA-Europa-Japan den exklusiven Zugang zu den Ressourcen zu sichern. Diese Doppelstrategie hat einen weiteren Vorteil. Sie ermöglicht es, in der öffentlichen Meinung in den USA eine „Islamophobie“ zu mobilisieren. Europa seinerseits hat bekanntermassen keine eigene gemeinsame Strategie, was diese Region angeht, und begnügt sich damit, sich jeweils nach den Entscheiden aus Washington

zu richten. Es ist dringlich, diese Doppelzüngigkeit der US-Strategie und die damit verbundene Manipulierung und Täuschung der öffentlichen Meinung öffentlich zu denunzieren.

Die Vereinigten Staaten und damit auch Europa fürchten nichts mehr als ein wirklich demokratisches Ägypten. Denn ein solches Ägypten würde seine Einbindung in den wirtschaftlichen Liberalismus und die Aggressionsstrategie von USA und NATO sicher in Frage stellen. Sie werden also alles unternehmen, dass Ägypten nicht demokratisch wird. Dazu werden sie mit allen Mitteln und viel Scheinheiligkeit die Muslimbrüder unterstützen. Eine falsche Alternative, denn die Muslimbrüder sind eine Minderheit in der ägyptischen Volksbewegung, die sich für einen tiefgreifenden Wandel einsetzt. Die Muslimbrüder haben ausserdem die Salafisten zur Seite, eine traditionalistische Strömung, die ebenfalls von den Golfländern breit unterstützt wird. Die Salafisten haben sich als Extremisten offenbart; sie sind überzeugte Wahabiten, intolerant gegenüber jeder anderen Auslegung des Islam. Und die Salafisten sind die Urheber der systematischen, oft tödlichen Übergriffe auf die Kopten. Es ist nicht vorstellbar, dass solche Taten ohne die stille, manchmal auch aktive Unterstützung des Staatsapparats, insbesondere der Justiz, die praktisch den Muslimbrüdern überlassen wurde, geschehen können. Die Arbeitsteilung mit den Salafisten erlaubt es den Muslimbrüdern, als moderat zu erscheinen, was von Washington gerne geglaubt wird.

Dennoch ist in Zukunft mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen islamistischen Strömungen in Ägypten zu rechnen. Die historisch bestimmende Strömung des Islam in Ägypten ist der Sufismus, deren Bruderschaften auch heute noch fünfzehn Millionen Gläubige zählen. Es ist ein offener, toleranter Islam, der hauptsächlich auf der persönlichen Glaubensüberzeugung aufbaut, und nicht auf rituellen Praktiken: „Es gibt so viele Wege zu Gott, wie es Individuen gibt“, lautet ihre Botschaft. Die Staatsmacht hat den Sufismus immer wieder unter Verdacht gestellt, sich aber gehütet, ihn offen zu bekämpfen, und lieber Zuckerbrot und Peitsche angewandt. Die Sufisten haben sich mit der Demokratiebewegung zusammengetan.

Der wahabitische Islam aus den Golfländern ist das genaue Gegenteil: Er ist archaisch, auf Rituale bedacht, konformistisch, jeder anderen Islam-Auslegung gegenüber feindlich eingestellt. In ihm ist nur das repetitive Wiederholen bestimmter Texte erlaubt, eine kritische Haltung ist des Teufels. Die Einführung des wahabitischen Islam in Ägypten begann durch Rachid Reda in den 1920er Jahren und wurde ab 1927 von den Muslimbrüdern übernommen. Voll entfaltet hat er sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die wachsenden Erdöleinkünfte es den Golfstaaten erlaubten, ihre finanziellen Unterstützungen zu vervielfachen. Schon damals waren die Golfländer Alliierte der USA, die in den 1960er Jahren mit einer ganzen Reihe von nationalen Volksbefreiungsbewegungen konfrontiert waren.

Die Strategie der Vereinigten Staaten: das pakistanische Modell

Drei Länder haben die politische Szene im Mittleren Orient während der ganzen „Ebbe-Zeit“¹ (1967 – 2011) bestimmt: die Vereinigten Staaten als Patron des Systems, Saudiarabien und Israel. Es sind drei engverbündete Alliierte. Allen drei graut es vor einem demokratischen Ägypten. Denn dieses wäre anti-imperialistisch und sozial, ginge zum globalen Liberalismus auf Distanz, Saudiarabien und die Golfstaaten würden ihren Stellenwert verlieren, denn dieses Ägypten würde die Solidarität der arabischen Länder wiederbeleben sowie die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch Israel durchsetzen. Ägypten ist ein zentraler Angelpunkt der US-Strategie zur Kontrolle des Planeten. Es ist daher das Ziel Washingtons und seiner Alliierten Saudiarabien und Israel, die demokratische Bewegung zum Scheitern zu bringen und dafür ein „islamisches Regime“ unter der Führung der Muslimbrüder herbeizuführen, welches alleine garantiert, dass sich Ägypten weiterhin unterordnet. Obamas „demokratischer Diskurs“ dient in diesem Zusammenhang nur dazu, die unbefangenen Meinungen vor allem in den USA und Europa zu täuschen.

Um einer möglichen Regierung der Muslimbrüder Legitimität zu verleihen, wird oft vom türkischen Beispiel gesprochen. Aber auch das dient nur dazu, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Denn die türkische Armee, hinter den Kulissen ständig präsent und obwohl sie sicher nicht demokratisch ist, aber eine treue Alliierte der NATO, bleibt Garantin des laizistischen Staates in der Türkei. Washington verfolgt ein anderes Projekt, das haben Hilary Clinton, Obama und ihre Think Tanks öffentlich kundgetan. Sie gehen vom pakistanischen Modell aus: Die Armee („islamisch“) bleibt hinter den Kulissen, während die zivile Regierung sich aus Vertretern einer oder mehrerer „gewählter“ islamischer Parteien zusammensetzt. In diesem Modell ordnet sich die „islamische“ Regierung dem globalen Liberalismus unter, sie anerkennt „Friedensverträge“ mit Israel, welche es diesem erlauben, die territoriale Expansion fortzusetzen; und gewissermaßen als Belohnung kann sie ihr Projekt einer „Islamisierung des Staats und der Politik“ weiterverfolgen, genauso wie die Ermordung der Kopten! Wunderbar, diese von Washington für Ägypten entworfene Demokratie.

Saudiarabien unterstützt selbstverständlich mit allen finanziellen Mitteln die Realisierung dieses Projekts. Denn die Saudis wissen ganz genau, dass ihre regionale, arabische und muslimische Hegemonie nur bei einem politisch geschwächten Ägypten bestehen kann. Das Mittel dazu ist eine wahabitische Islamisierung, die unter anderem die erwähnte fanatische Haltung gegenüber den Kopten, aber auch die Verneinung der Rechte und der Gleichstellung der Frauen zur Folge hat. Ist denn eine solche Islamisierung möglich? Vielleicht, aber zum Preis von extremer Gewalt. Der Kampf ist eröffnet und betrifft den Artikel 2 der Verfassung des alten Regimes. Er legt fest, dass „die Sharia die Quelle des Rechts“ ist, was

völlig neu ist in der ägyptischen Geschichte. Weder die Verfassung von 1923 noch jene von Nasser hatten so etwas in Betracht gezogen. Es war Sadat, der diesen Artikel in die damalige Verfassung aufgenommen hat, dem Washington zugestimmt hat („Die Traditionen sind zu respektieren“), ebenso Riad („Der Koran dient als Verfassung“) und Jerusalem („Israel ist ein jüdischer Staat“).

Die Muslimbrüder verfolgen das Projekt eines theokratischen Staates, davon zeugt ihr Festhalten am Artikel 2 der Verfassung Sadat/Moubarak. Überdies unterstreicht ihr neuestes Programm diese rückständige Denkweise, denn sie schlagen vor, einen „Rat der Ulemas“ einzurichten, der jeden Gesetzesvorschlag auf seine Sharia-Konformität überprüfen soll. Ein solcher religiöser Verfassungsrat ist analog zu jenem, der im Iran die „gewählten Machttäger“ kontrolliert. Ein solches Regime läuft auf eine religiöse Einheitspartei hinaus und jede Partei, die einen laizistischen Staat einfordert, würde illegal. Deren Mitglieder würden vom politischen Leben ausgeschlossen, ebenso die Kopten. Trotz alledem tun die Mächtigen in Washington und Europa so, als müssten die neuesten Erklärungen der Muslimbrüder, in denen sie auf ihr theokratisches Projekt verzichten, ernst genommen werden. Dabei handelt es sich um eine opportunistische, lügnerische Erklärung, denn an ihrem Programm ändern sie nichts. Es fragt sich, ob die CIA-Experten kein Arabisch verstehen. Es kann nur ein Schluss gezogen werden: Washington will lieber die Muslimbrüder an der Macht, die Kontinuität versprechen, als Demokraten, die die bisherige Rolle Ägyptens in Frage stellen.

Die kürzlich gegründete Partei für Gerechtigkeit und Freiheit, inspiriert vom türkischen Beispiel, ist ein Instrument der Muslimbrüder. Kopten sind zugelassen, was aber darauf hinausläuft, dass sie den im Programm der Muslimbrüder festgeschriebenen theokratischen muslimischen Staat anerkennen müssen, wollen sie sich am politischen Leben ihres Landes beteiligen können. Die Muslimbrüder sind in die Offensive übergegangen und gründen „Gewerkschaften“, „Bauernorganisationen“ sowie unter verschiedensten Namen eine Unmenge von „politischen Parteien“. Ziel ist es, die im Aufbau begriffene Front von ArbeiterInnen, Kleinbauern und DemokratInnen im Interesse des konterrevolutionären Blocks zu spalten.

Wird es der ägyptischen Demokratiebewegung gelingen, den Artikel 2 in einer neuen Verfassung zu eliminieren? Es gibt einen positiven Indikator zu vermerken: Es genühten einige Wochen, in denen freie Diskussionen möglich wurden und der Slogan „Der Islam ist die Lösung“ bei allen Demonstrationen verschwand. An seiner Stelle tauchten konkrete gesellschaftliche Forderungen auf: Meinungsfreiheit, unabhängige Parteien, Gewerkschaften sowie soziale Organisationen, gerechte Löhne, Arbeitsrecht, Zugang zu Land, Bildung und Gesundheit, Nationalisierung statt Privatisierung. Ein weiteres deutliches Zeichen: Bei den studentischen Wahlen im April brachten es die Muslimbrüder auf 20 Prozent der Stimmen.

Vor fünf Jahren, als sie als einzige sogenannte Opposition zugelassen waren, hatten sie eine erschlagende Mehrheit von 80 Prozent erreicht.

Doch die Gegner verstehen es ebenfalls, gegen die „demokratische Gefahr“ vorzugehen. So klammerte die kürzliche Überarbeitung der Verfassung den Artikel 2 aus. Ein Komitee, das ausschliesslich aus Islamisten bestand, die vom hohen Rat (Armee) ausgesucht worden waren, schlug nur unbedeutende Modifikationen vor, die dann in aller Hast durch ein Volksreferendum² angenommen wurden.

Bereits im September oder Oktober sollen nun Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden. Die Demokratiebewegung fordert stattdessen eine längere demokratische Übergangsphase, um mehr Zeit zu haben und so mit ihren Anliegen die vielen Menschen zu erreichen, die ob der Ereignisse überfordert und ratlos sind. Aber Obama hat seit den ersten Tagen des Aufstandes anders entschieden: eine kurze, geordnete Übergangszeit ohne die bestehenden Staatsapparate in Frage zu stellen und danach Wahlen, die wünschenswerterweise von den Islamisten gewonnen werden. Wie man weiss, sind „Wahlen“, ob sie in Ägypten oder anderswo stattfinden, nicht das beste Mittel, um eine Demokratie zu errichten. Vielmehr dienen sie dazu, der Dynamik einer fortschreitenden Demokratisierung ein Ende zu bereiten.

Sturmzone

Mao hatte nicht unrecht, als er feststellte, dass der real-existierende Kapitalismus, der von seiner Natur her imperialistisch ist, den Völkern der drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika, dieser „Minderheit“, die 85 Prozent der Bevölkerung des Planeten umfasst, nichts zu offerieren hatte. Dieser Süden bildet die Sturmzone, in der es permanent zu Revolten und sehr bedingt zu revolutionären Fortschritten in Richtung sozialistischer Überwindung des Kapitalismus kommt. Der „arabische Frühling“ reiht sich in die Realität dieser Entwicklungen ein. Die sozialen Revolten tragen in sich die potentiellen Keime, die in längerer Sicht in eine sozialistische Perspektive münden können. Deshalb wird das kapitalistische System alle Möglichkeiten zur Destabilisierung nutzen, wirtschaftlichen und finanziellen Druck aufbauen bis hin zur militärischen Bedrohung. Je nach Umständen wird es die falschen, faschistischen oder zum Faschismus führenden Alternativen unterstützen oder dann Militärdiktaturen einsetzen. Obama darf man kein Wort glauben. Obama, das ist Bush mit einer anderen Sprache. Es handelt sich da um eine permanente Doppelzüngigkeit, die den Mächtigen der Triade USA, Europa, Japan eigen ist.

Die Vereinigten Staaten und Europa wollen in der arabischen Welt wiederholen, was in Mali, auf den Philippinen und in Indonesien passiert ist: Alles verändern, um nichts zu ändern. Nachdem die Volksbewegungen in diesen Ländern ihre Diktatoren gestürzt hatten, haben die imperialisti-

schen Mächte alles daran gesetzt, dass ihre grundlegenden Interessen im Bereich des Neoliberalismus und der Aussenpolitik durch die eingesetzten Regierungen geschützt werden. Interessanterweise wurde in den beiden islamischen Ländern Mali und Indonesien der politische Islam genau zu diesem Zweck mobilisiert.

Demgegenüber hat die Welle von Emanzipationsbewegungen in Lateinamerika reelle Fortschritte in drei Bereichen ermöglicht: Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft, Festhalten an einer konsequenten anti-imperialistischen Haltung, Anstrengungen zu sozialen und progressiven Reformen.

Aufstände, die sich potentiell in Richtung revolutionärer Fortschritte ausweiten können, sind praktisch in allen drei Kontinenten möglich. Sie bleiben mehr denn je jene „Sturmzone“, die den süßen Diskurs vom „ewigen Kapitalismus“, von Stabilität, Frieden und demokratischem Fortschritt widerlegt. Damit sich diese Aufstände aber zum revolutionären Fortschritt weiterentwickeln, sind zahlreiche Hindernisse zu überwinden: Einmal die Schwäche der Bewegung; dazu müssen die einzelnen Teile ihre Gemeinsamkeiten finden, um effiziente Strategien zu erarbeiten und umzusetzen. Weiter geht es darum, alle – auch die militärischen – Interventionen der imperialistischen Triade zurückzuweisen. Alle militärischen Interventionen der USA und der NATO in Ländern des Südens müssen verboten werden, egal unter welchem Vorwand sie durchgeführt werden, selbst wenn sie humanitären Charakter haben sollen. Der Imperialismus will in diesen Ländern weder sozialen Fortschritt noch Demokratie. Sobald er eine Schlacht gewonnen hat, setzt er Lakaien ein, die nichts mit Demokratie am Hut haben. Es ist tief bedauerlich, dass die europäische Linke, selbst die radikale, nicht mehr weiss, was Imperialismus heisst.

Frühling für die Völker des Südens, Herbst für den Kapitalismus

Ich nenne die Frühlinge der arabischen Völker, wie jene, die die Völker Lateinamerikas seit nunmehr schon zwei Jahrzehnten kennen, die zweite Welle des Erwachens der Völker des Südens. Die erste hatte sich im zwanzigsten Jahrhundert entwickelt, bis die neo-imperialistische Gegenoffensive ihr ein Ende bereitet hatte. Diese zweite Welle hat verschiedene Formen angenommen. Sie geht von den Volksaufständen gegen jene Autokraten, die die neoliberale Entwicklung gestützt haben, bis zur Infragestellung der internationalen Ordnung durch die Schwellenländer. Diese Frühlinge fallen mit dem Herbst des Kapitalismus zusammen, dem Niedergang des globalen, finanzgestützten Kapitalismus der uneingeschränkten Monopole. Der Kampf für eine laizistische Demokratisierung ist in der aktuellen Situation von entscheidender Bedeutung. Es geht entweder um die Perspektive einer Emanzipation der Völker oder um jene einer generellen Barbarei.

* Es handelt sich hier um eine gekürzte Fassung, die sich vor allem auf die aktuellen Entwicklungen in Ägypten bezieht; übersetzt von Urs Sekinger. Der Aufsatz erschien auf verschiedenen französischen Hompages, u.a. <http://www.michelcollon.info/2011-le-printemps-arabe.html>, und in englischer Übersetzung auf der Homepage von Monthly Review <http://monthlyreview.org/>.

Anmerkungen

- 1 Amin unterscheidet zwischen Zeiten der „Ebbe“ und der „Flut“. Nachdem Ägypten von 1880 – 1920 eine britisch dominierte „servile Peripherie“ war, folgte bis 1967 eine Zeit der Flut, während der Bewegungen entstanden, die drei Ziele verfolgten: Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt. Mit dem Sechstagekrieg 1967 kam diese „Flutwelle“ zum Erliegen, begann eine Zeit der Ebbe, der jetzt möglicherweise erneut eine „Flut“ folgt.
- 2 23 Prozent sagten nein, aber die grosse Mehrheit stimmte zu. Dabei kam es bei der Abstimmung zu Fälschungen und zu massiven Erpressungen in den Moscheen.

Literatur

- Achcar, Gilbert, 2009: Les Arabes et la Shoah. Arles
Achcar, Gilbert, 2011: Le choc des barbaries. Bruxelles, Cairo, Paris
Amin, Samir, 1976: La nation arabe. Paris
ders., 2006: A life looking forward. Memories of an independent Marxist. London
ders., 2008: L'éveil du Sud. Paris
ders., 2008: The world we wish to see. Monthly Review Press, New York
ders., 2009: La crise, sortir de la crise du capitalisme ou sortir du capitalisme en crise? Paris
ders., 2011: The law of worldwide value, Monthly Review Press, New York
ders., 2011: The Trajectory of Historical Capitalism and Marxism's Tricontinental Vocation. Monthly Review Press, New York
Riad, Hassan, 1964: L'Égypte nassérienne. Paris



**Nicht mehr
schweigen!**

Solidarität!

Die Volksbewegungen
im Maghreb
brauchen
unsere Unterstützung.

SOLIFONDS
www.solifonds.ch | PC 80-7761-7